

Rxxxx Marcel DVIJVA

Von: [\[xxxxxxx@hispeed.ch\]](mailto:xxxxxxx@hispeed.ch)

Gesendet: Sonntag, 5. Mai 2013 09:06

An: Rxxxx Marcel DVIJVA

Betreff: [NZZ E-Paper - NZZ am Sonntag] Kein Ende in Sicht

NZZ am Sonntag

05. Mai 2013

Kein Ende in Sicht

Der Hungerstreik von 100 Häftlingen auf Guantánamo Bay erinnert Präsident Obama an sein Versprechen, das Militärgefängnis zu schliessen. Er will den Schandfleck der USA loswerden. So schnell wird dies aber kaum geschehen. Auch weil niemand weiss, was mit den Insassen passieren soll. Von Roman Elsener, New York

Längst denkt beim Wort Guantánamo niemand mehr an

das im wohl berühmtesten kubanischen Volkslied besungene Mädchen - die Guantanamera. Seit die Amerikaner ihren Stützpunkt auf Kuba als Militärgefängnis nutzen, steht Guantánamo Bay im Zentrum der Diskussionen um die Rechte von nicht uniformierten Kämpfern in einem Krieg, der nie definiert wurde: dem 2002 von den USA ausgerufenen «Global War an Terrorism», dem globalen Krieg gegen den Terrorismus.

«Die Republik Kuba verpachtet der USA hiermit das im Folgenden beschriebene Land zur Nutzung als Flottenstützpunkt und zur Kohle-Gewinnung», lautet der 1903 unterzeichnete Vertrag, durch den die USA bis heute -auch nach der kubanischen Revolution und dem Debakel in der Schweinebucht - an einem Stück Land am südöstlichen Ende der Insel festhalten. Einen einzigen der jährlichen Checks über etwas mehr als 4000 Dollar, die Kuba seit dem Abschluss des Vertrages für die Guantánamo Bay als Pacht erhält, soll Fidel Castro eingelöst haben. Die anderen präsentierte er einst in einem Fernsehinterview; sie waren ungeöffnet in eine übervolle Schublade gestopft. Kuba wertet die Präsenz des kapitalistischen Nachbarn auf seinem Land als illegal. Der Vertrag sei unter Gewaltandrohung erzwungen worden und deshalb in Übereinstimmung mit internationalen Abkommen unhaltbar.

«Grausame Behandlung»

Ähnlich unhaltbar ist die Lage der Häftlinge, die auf eben jenem Stück Land im Militärgefängnis Guantánamo immer noch auf einen Gerichtstermin warten, der ihnen nach internationalem wie amerikanischem Recht zusteht. Noch 166 Gefangene stecken in der Zwangshaft, eine Vielzahl hat sich einem seit Februar andauernden Hungerstreik angeschlossen. Laut Angaben der Wärter verweigerten letzten Freitag mindestens 100 der Gefangenen die Nahrungsaufnahme, zwei Dutzend würden zwangsernährt.

Die Situation auf Guantánamo ist laut Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte eine «schamlose Verletzung der Menschenrechte». Die Arbeitsgruppe der Uno für willkürliche Festnahmen bezeichnet das amerikanische Vorgehen als «grausame, unmenschliche und entwürdigende Behandlung». Auch in Amerika regt sich Kritik an der Behandlung der Gefangenen - Ärzte, Juristen und Politiker benannten das Vorgehen im Militärgefängnis als höchst unethisch.

Barack Obama bezeichnete das Gefängnis bereits im Präsidentschafts-Wahlkampf 2008 als «Makel für das Ansehen der USA» und gelobte, es als Staatsoberhaupt zu schliessen. Er scheiterte am Widerstand im Kongress - kaum ein Gliedstaat war gewillt, Terroristen aufzunehmen. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise verblasste das Thema. Zwar konnte die Zahl der einst fast 800 Gefangenen drastisch reduziert und einstige Häftlinge - so auch zwei Uiguren in die Schweiz - abgeschoben werden. Der Kern des Problems konnte dennoch nicht gelöst werden: Wie wird mit Gefangenen umgegangen, gegen die die Beweislage zwar schwach, deren Absicht zu terroristischen Aktivitäten aber gross ist?

Nach der Beurteilung von amerikanischen Militäranwälten gelten 46 der heute noch 166 Guantánamo-Häftlinge als zu gefährlich, um aus der Haft entlassen zu werden. Ein strafrechtliches Verfahren gegen sie ist aber laut Rechtsexperten kaum möglich - entweder liegen zu wenig harte Beweise vor, oder die Geständnisse können angefochten werden, weil sie unter Folter erzwungen worden seien.

Das Risiko, dass manche Gefangene nach einer Entlassung radikalisiert den Jihad wieder aufnehmen, wird allgemein als gross eingestuft. «Nach elf Jahren Haft ohne anständiges Gerichtsverfahren wären wahrscheinlich auch Sie radikalisiert», sagt Jean-Cosme Delaloye. Der aus Lausanne stammende New Yorker Dokumentarfilmer hat in Guantánamo Bay mitverfolgen können, wie vor Ort zwischen 2009 und 2011 ein Hoch- und Mittelsicherheitsgefängnis nach amerikanischem Standard entstand - statt dass das Gefangenenlager wie von Obama versprochen geschlossen worden wäre. Wer per Schiff ankomme, staune zuerst über das tiefblaue Wasser und die Schönheit der grünen Lagune, sagt Delaloye. In der Ortschaft an der Küste leben stationierte US-Armeemitglieder mit ihren Familien, viele sind im Gefängnisbetrieb tätig. Ein Drive-in-Kino zeigt Hollywoodstreifen, aus der High School strömen Jugendliche, ein irisches Pub lädt zum Bier. Das Gefühl einer amerikanischen Kleinstadt-Idylle will laut Delaloye dennoch nicht aufkommen. Hinter den nahen Hügeln offenbart sich die andere Welt. Dem Meer abgekehrt liegt das Militärgefängnis. Die Barackenlager, die zurzeit von Präsident Bush eingerichtet wurden, werden heute nicht mehr benutzt. An ihrer Stelle steht der moderne Gefängnisbau; die Zellen dunkel, das Meer unsichtbar, doch man kann es riechen. Amerikanischen Vorschriften für eine Zwangsanstalt genüge der Bau bei weitem, sagt Delaloye. «Ich habe in den USA einige schlimmere Gefängnisse gesehen.» Der Regisseur hat ebenfalls einen Dokumentarfilm über die unhaltbaren Zustände in der Anstalt Angola im US-Staat Louisiana gedreht. Dass ein Neubau wie jener in Guantánamo von den USA schnell wieder aufgegeben werde, bezweifelt er.

«Teuer und ineffizient»

Laut der Zeitung «Washington Post» haben 130 der Insassen der Gefängnisse in Guantánamo Zugang zum Internet-Service Skype, zu Fernsehen und zu Fussballfeldern. Eine übermässig heftige Razzia im Februar, bei der ungebührend mit Ausgaben des Korans umgesprungen worden sei, war laut Häftlingen Auslöser für die Aufnahme des Hungerstreikes. US-Militärsprecher machen dagegen geltend, die Gefangenen hätten eine Routine-Untersuchung zum Anlass für die Aktion gewählt. Der Hungerstreik führte zu drastischen Sicherheitsverstärkungen.

Guantánamo Bay ist längst ein fast untilgbarer Schandfleck auf der Uniform der Nation, die sich den Ruf als Vorkämpfer für Freiheit und Menschenrechte bewahren will. Durch den Hungerstreik unter Druck geraten, erinnert sich nun auch Präsident Obama wieder an sein Wahlversprechen. «Guantánamo ist nicht notwendig, damit Amerika sicher bleibt», sagte er vor den Medien. «Es ist teuer. Es ist ineffizient.» Guantánamo sei auch ein Mittel zur Rekrutierung von Extremisten und müsse geschlossen werden.

Seit 2008 werden in Guantánamo keine neuen Häftlinge mehr aufgenommen. Was mit den Verbliebenen gemacht werden soll, weiss indes niemand so richtig. Nur neun der Insassen sind gegenwärtig eines Verbrechens angeklagt oder überführt. 24 Häftlinge kommen laut Einschätzung der US-Behörden für eine Strafanklage in Frage. Bei 86 weiteren Gefangenen wurde ein Transfer oder eine Freilassung gutgeheissen - doch Sicherheitsbedenken nach Anschlägen in Jemen stoppten ein weiteres Vorgehen. Dabei weisen USGeheimdienst-Informationen laut der Zeitung «New York Times» darauf hin, dass ein verschwindend kleiner Teil von ehemaligen Insassen auf Guantánamo wieder in einem terroristischen Netzwerk auftauchen.

Nicht nur aussenpolitisch, auch zu Hause hat Obama viel zu verlieren, setzt er seine Versprechen nun nicht um. Die Demokraten warten weiterhin auf ein forsches Auftreten ihres Präsidenten, der sich nicht um eine Wiederwahl zu kümmern hat. Das zögerliche Verhalten stiess unlängst bei Vertretern beider Parteien bei einer Diskussionsrunde unter dem Titel «Wie lange noch, Guantánamo?» in New York auf Kritik. In der amerikanischen Justiz sei das Recht auf ein faires, rasches Gerichtsverfahren verankert, meinte ein Gast. «Jeder verdient einen Prozess - man befindet ihn für schuldig oder lässt ihn gehen.» Sein Kollege fragte: «Aber können wir den Verdächtigen unter den Freigelassenen vielleicht einen Computerchip einpflanzen?»

Diesen Artikel finden Sie im NZZ E-Paper unter: <http://epaper.nzz.ch>

Neue Zürcher Zeitung: <http://www.nzz.ch>
Copyright (c) Neue Zürcher Zeitung AG
